

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 32 (1938)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

im Sinne habe, das der *Tschechoslowakei* gegebene Wort zu brechen und *Oesterreichs* Unabhängigkeit nicht preiszugeben gedenke; daß es auch am *Völkerbund* und dem Ziel der *kollektiven Sicherheit* festhalte. Chamberlains gemeines Wort vom Völkerbund und den kleinen Völkern wird korrigiert. Chautemps erklärt:

„Die kleinen Völker begehen einen großen Irrtum, wenn sie sich vom Völkerbund entfernen; diese Einrichtung ist ihr einziger Schutz.“

„Der schlimmste der Irrtümer ist, sich einzubilden, daß ein Land dadurch, daß es sich isoliert, sich vor Katastrophen bewahren könne.“ (Wieder etwas für Motta und Grimm!)

Von dieser französischen Ermahnung ist viel zu hoffen. Und man darf glauben, daß sie *endgültig* sei. Frankreich hat schon oft das Schauspiel solcher geschlossenen Erhebung in der Stunde höchster Gefahr gegeben.¹⁾

Auch die *Tschechoslowakei* — um dies hier noch anzuführen — *ergibt* sich nicht. *Hodza* hat in einer großen Rede, die eine sehr gemessene, aber sehr feste Antwort an Hitler ist, die Unantastbarkeit der Grenzen seines Landes proklamiert, jede Art von Einmischung kategorisch abgelehnt und von seinem Volke erklärt: „*Wir haben uns tausend Jahre lang nicht gefürchtet und wir fürchten uns auch jetzt nicht.*“

Das ist die rechte Sprache und Haltung gegen die Diktatoren!

9. März.

*

Während ich das, was ich vor einigen Tagen geschrieben, korrigiere, kommt die anderwärts erwähnte furchtbare Kunde aus Oesterreich. Ich kann, betäubt von dem Vernommenen, auch hier nur sagen: *Dennoch!* Nicht verzweifeln! Treue halten! Im Glauben ausharren! Er hat zuletzt noch immer Recht behalten.

11. März.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

1. *Spanien.* Man rechnet aus, daß der spanische Krieg bis jetzt etwa 390 000 *Todesopfer* gekostet habe, darunter 50 000 nicht auf dem Schlachtfeld Hingemordete.

Die direkten *materiellen* Verluste sollen sich auf etwa 40 Milliarden *Vorkriegs-Pesetas* (1 *Peseta* = 1 *Fr.*) belaufen.

Die Kämpfe um *Teruel* haben nun doch mit einer Wiederbesetzung dieses Ortes (der nun bloß noch ein Trümmerhaufen ist) durch die *Franco-Truppen* geendigt. Den Ausschlag soll die erdrückende Uebermacht des deutschen und italienischen „*Materials*“ (schwere Artillerie und Flugzeuge) gegeben haben. Die

¹⁾ Daran wird auch die inzwischen ausgebrochene *Kabinettskrise*, so bedauerlich sie gerade in diesem Augenblick ist, schwerlich etwas ändern. 10. März.

Kriegslage werde dadurch nicht wesentlich geändert. Franco sei durch diese Aktion und durch allerlei andere Umstände, besonders die Uneinigkeit seiner Anhänger, gewaltig geschwächt. Doch wachse die Anstrengung Deutschlands und Italiens.

Die Zerstörung eines der wenigen großen Kreuzer der Aufständischen durch die Republikaner scheint die Lage auf dem Meer stark verändert zu haben.

II. *China*. Die Chinesen werden zurückgedrängt, aber nur nach und nach, so daß die Japaner zu immer schwererer Anstrengung genötigt werden. Sie rächen sich durch rücksichtslose Zerstörung der Dörfer und Städte, Massakrierung der Zivilbevölkerung, Schändung der Frauen und Mädchen.

Die *Weltaktion für den Frieden* (Rassemblement universel pour la Paix) hat auf einem Kongreß in London eine große Aktion für China beschlossen. Sie wird auch in der Schweiz durchgeführt.

III. *Japan*. Zur Durchführung des chinesischen Krieges findet eine „Mobilisierung“ des ganzen japanischen Lebens statt. Im Hintergrund steht der japanische Faschismus, der sogenannte Nationalbolshewismus der antikapitalistischen, aber von Japans Sendung erfüllten jüngeren Offiziere. Es regt sich darum bürgerlicher Widerstand. Auch solche von seiten der „Social Masses“. Industriekontrolle, Zensur, Unterdrückung der Freiheit von Versammlung und Presse sollen alle Opposition ersticken.

IV. Der *Kampf um den Stillen Ozean* führt zur Besetzung kleiner südlicher *Inseln* durch die Vereinigten Staaten. Diese befestigen im Norden fortwährend stärker Alaska und die Aleuten. Die Unabhängigkeit der Philippinen wird aus dem gleichen Grunde, auf deren eigenen Wunsch, um 30 Jahre hinausgeschoben.

Japan wolle *Schlachtschiffe* von über 35 000, ja über 40 000 Tonnen bauen; England und die Vereinigten Staaten schicken sich an, es zu überbieten. Es finden noch Befragungen und Verhandlungen statt.

V. *Rumänien*. Der Sturz der Regierung Goga wird auf einen Druck von seiten Englands und Frankreichs, auch Rußlands (wegen Besarabien) sowie auf die als Folge der Judenhetze eingetretene wirtschaftliche Zerrüttung zurückgeführt. An ihre Stelle ist ein halbfaschistisches Koalitionskabinett unter dem wohl bloß formellen Vorsitz des Patriarchen Mitron Cristea, eines fanatischen Antifemiten und Mussolini-Bewunderers, getreten. Die Außenpolitik bleibe unverändert (?). Eine neue *Verfassung*, die in der dirigierten sogenannten Volksabstimmung fast einstimmig angenommen wird, verstärkt vor allem die Rechte des Königs.

Der russische Gesandte wird aus Bukarest und der rumänische aus Moskau abberufen. Das Verschwinden des russischen Legationssekretärs *Butenco* wird von Rumänien als Flucht, von Rußland als Ermordung durch die „Eiserne Garde“ dargestellt.

Die Verhältnisse bleiben labil.

VI. Die *Balkan-Entente*, in Ankorra versammelt, rückt der „Achse“ Berlin-Rom näher. Sie beschließt Anerkennung Francos und des „impero“, will aber im Völkerbund bleiben.

VII. *Oesterreich*. Große Versammlungen der „*Vaterländischen Front*“ müssen abgefragt werden, weil die Nationalsozialisten Referenten für sich verlangen. Seyß-Inquart hält dafür in Linz eine wenig verkappte Anschlußrede. Der Kampf wogt hin und her. (Vor dem 11. März.)

VIII. *Tschechoslowakei*. Henlein fordert neuerdings für die Sudetendeutschen die volle *Autonomie*.

Italienische Blätter versteigen sich zu der Behauptung, daß Präsident *Benesch* gegenüber dem französischen Gesandten die Ermordung Mussolinis als wünschenswert erklärt habe. Dieser bestätigt in einem Interview Hodzas Erklärungen.

IX. *Estland* bekommt eine etwas demokratischere Verfassung, *Litauen* eine noch etwas mehr „autoritäre“. In *Nordirland* fallen die Wahlen stark gegen die

Wiedervereinigung mit Südirland aus. In *Portugal* sei wieder der *englische* Einfluß obenauf. Er werde zu Befestigungen der Route nach Indien um Afrika herum benutzt.

X. *Frankreich*. Es werden neue gewaltige Summen für die „*Landesverteidigung*“ ausgesetzt und dafür eine besondere Kasse geschaffen.

Die Reaktion fordert Stillstellung der Sozialpolitik aus Rücksicht auf die äußere Lage. (Vide *Cagoulards!*)

XI. *England*. Die ganze *Propaganda* wird in den Händen *Vanfittarts* vereinigt.

Chamberlain erläutert nochmals seine Außenpolitik, ohne wesentlich Neues zu sagen.

XII. *Deutschland*. Die *Berichterstattung* über Deutschland soll dadurch weiter eingeschränkt werden, daß für die auswärtigen Korrespondenten das Agreement verlangt werde, wie für die Gesandten. Man hat offenbar vieles zu verbergen.

Offiewsky ist nun glücklich durch die mysteriöse Geschichte mit einem gewissen Wannow um den größten Teil seines Nobelpreises gekommen. Er selbst soll nur noch eine Ruine sein.

Es wird weiter mit *erpreßten Briefen* aus den Konzentrationslagern gearbeitet. So neuerdings mit solchen von Ernst Heilmann und Kurt Eisner. *Hans Litten*, den tapferen Verteidiger von „*Linkssozialisten*“, hat man nun scheint's umgebracht. Er war einst vor Gericht auch gegen *Hitler* aufgetreten.

Die *höhere Bildung* soll ganz im Sinne des Nationalsozialismus umgestaltet werden. Sie ist schon in raschem Zerfall begriffen. Dafür liegen mir gewichtige Beweise vor.

Die militärische *Dienstzeit* soll verlängert, neue Armeekorps gebildet werden.

XIII. *Italien*. *Gabriele d'Annunzio* ist gestorben — einer der bösartigsten Schädlinge unserer Zeit, Wegbereiter und Verherrlicher des Faschismus und alles Ungeistigen.

XIV. *Indien*. Der Konflikt zwischen den Gouverneuren der Provinzen Bihar und Vereinigte Provinzen und den aus der Kongreßpartei genommenen Ministern wegen der Entlassung der politischen Gefangenen ist durch einen Kompromiß beigelegt worden. In Bengalen sind 1000 Gefangene dieser Art freigelassen worden. Alles durch Gandhis Einfluß. Der Staat Tarancore hat die Achtung der *Parias* aufgehoben.

XV. *Das Judentum*. In *Italien* ist (vielleicht infolge der in Rumänien gemachten Erfahrungen) der von Farinacci proklamierte *Antisemitismus* wieder abgestellt worden. Mussolini biete sogar den Juden einen „Staat“ in *Abeßinien* an. Sein Boden wäre schön mit Blut und Frevel gedüngt! Ernsthafter — ja wirklich von Bedeutung ist die Einladung der *Türkei* an die einzelnen Juden wie an ganze Gruppen, sich auf ihrem Boden niederzulassen. Schon wirken an den türkischen Unterrichtsstätten eine Masse von deutschen Juden.

XVI. *Emigrantentum*. In Genf hat eine internationale Konferenz für die Behandlung des Problems der *deutschen Flüchtlinge* stattgefunden. Es wurde für sie besonders das *Arbeitsrecht* festgelegt. Daß die *Schweiz* nicht ratifiziert, ist leider keine Ueberraschung mehr.

XVII. *Krieg und Frieden*. Um die Abschaffung des *Luftkrieges* bemüht sich — etwas spät! — das internationale *Rote Kreuz*. Auch der Vatikan und Roosevelt werden dafür in Anspruch genommen. Die englische Regierung hat sich an die spanischen Kriegführenden gewendet, um sie von der Bombardierung der offenen Städte abzuhalten, aber zwar bei der Regierung Entgegenkommen, bei Franco jedoch mehr oder weniger ironische Abweisung gefunden. Es ist auch eine Utopie: der moderne Krieg ist ja vor allem Luftkrieg — man muß den *Krieg* abschaffen.

Bei Segni (Mittelitalien) ist ein Munitionslager explodiert und hat ungeheure Verwüstung erzeugt. Man redet von 500 Toten, doch ist die Zahl wohl noch viel größer. Dämonen!

XVIII. *Wirtschaftliches und Soziales*. In den *Vereinigten Staaten* zählt man 13 Millionen *Arbeitslose*. Die Regierung hat dafür einen 250-Millionen-Dollar-Kredit verlangt.

Die *Schweiz* zählt nun etwa 95 000 *Arbeitslose*, eine verhältnismäßig hohe Zahl.

Rußlands Goldproduktion bringt durch ihre phänomenale Steigerung die ganze Goldwelt in Verwirrung.

Chautemps hat nun doch seine *Charte du Travail* durchgesetzt, zum Teil gegen harten Widerstand des Senates. Am meisten zu schaffen machte immerfort die gleitende Lohnskala und das Recht, die Bücher der Unternehmungen zu kontrollieren, um festzustellen, ob die Löhne gekürzt oder erhöht werden dürften. Dieses Recht soll den Schiedsgerichten vorbehalten werden. Eine Lohnerhöhung soll, wenn möglich, stattfinden, wenn der Index um 10 Prozent gestiegen ist.

XIX. *Sozialismus*. Von dem neuen *Stalin-Prozeß* ist anderwärts die Rede. Die Zweite Internationale hat sich energisch dagegen ausgesprochen.

Trozkys Sohn und Mitkämpfer Sedow ist in Paris gestorben, wie behauptet wird, nicht ohne Zutun der PGU. Wie furchtbar ist Trotzky geschlagen. (Die Tochter hat vor einigen Jahren, verzweifelt, in Berlin Selbstmord verübt.)

Die Verhandlungen zwischen der *A. F. L.* (American Federation of Labour) und den *C. J. O.* (Committee of Industrial Organisation) seien endgültig gescheitert. *A. F. L.* verteidigt sich wieder ganz auf die „*craft-unions*“ (die reinen Berufsorganisationen).

Im Schoße der *belgischen Arbeiterpartei* ist es über *Spaaks* dubiose Außenpolitik zu erregten Auseinandersetzungen gekommen. Für ihre Billigung waren wieder einmal vorwiegend die *Gewerkschaftsführer*, gegen sie einige Führer des Sozialismus, welche früher als „*Reformisten*“ gering geschätzt wurden, wie *Vandervelde*, *de Brouckère* und *Rolin*, für die aber der Sozialismus noch eine Sache des Glaubens und der Gefinnung, des Herzens und Gewissens ist, während *Spaak* selber früher ein Radikalinsky war und dann als Minister die „*Realitäten*“ entdeckte, zu denen offenbar auch der Mord an ganzen Völkern (es handelt sich ja um die Anerkennung des impero!), wie die Beziehungen zwischen Königsfamilien gehörten. Gibt es etwas Schlimmeres unter der Sonne als einen arrivierten Sozialisten? — *De Man* ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Der kürzlich verstorbene belgische Arbeiterführer *Anseele* war in seinen guten Zeiten ein beliebter Volksmann und wirksamer Vorkämpfer der Genossenschaftsbewegung. Das Genossenschaftshaus „*Vorruit*“ in Gent wird auf ihn zurückgeführt. Gewisse Zusammenbrüche, die ihn zwar nicht moralisch, aber administrativ in Mitleidenschaft zogen, warfen tiefe Schatten auf seinen Lebensabend.

XX. *Religion und Kirche*. Pfarrer *Niemöller* ist zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, die durch die Untersuchungshaft getilgt war, aber sofort in das *Konzentrationslager von Oranienburg* überführt worden, das mit der Hölle konkurrieren darf. (Vgl. Seger: „*Oranienburg*“.) Was wird aus ihm werden?

Die *Hitler-Mädel* (B. d. M.) sollen nun durch die „*Kraft durch Freude*“ nachgebildeten Organisation „*Glaube und Schönheit*“ noch tiefer in die nationalsozialistische „*Weltanschauung*“ hineingezogen werden.

Ueber die *Kirchenkonferenz von Oxford* äußert sich *Elie Gounelle* im „*Christianisme Social*“ (September bis Dezember) bedeutend skeptischer als der Schreibende. Er beklagt die Abkehr vom Reiche Gottes zur Kirche (die im übrigen auch wir als „*Sündenfall*“ der neuesten Epoche betrachten), vermißt den Geist des: „*Mich jammert des Volkes*“ und stellt diese Entwicklung unter das Wort: „*Wer sein Leben sucht, der wird es verlieren.*“

Die *andere Oxford-Bewegung* hat ein Heft herausgegeben, das den Titel: „*Steigende Flut*“ trägt und die Eroberung der Welt für Christus durch die Be-

wegung darstellen will. Die ganze Aufmachung dünkt uns nun „Amerikanismus“ im üblen Sinn.

Als in England gegen die geplante *Gottlosen-Ausstellung* einige Aufregung entstand, gab Frederick Harlitt, der Sekretär der „Christian Evidence Society“ („Gesellschaft für die Verteidigung der Wahrheit des Christentums“) folgende vorbildliche Erklärung ab: „Unser Christenvolk hat von dem Plan, daß in unserem Lande eine Freidenker-Konferenz abgehalten werde, nichts zu fürchten, und wir möchten uns die Ansicht erlauben, daß eine solche Konferenz nur Gutes bewirken könne.“

Aus der Theologienstadt am Rhein wird zweierlei berichtet. Einmal ein Wahlkampf. An die theologische Fakultät soll als Nachfolger von Professor Eberhard Vischer für Neues Testament und alte Kirchengeschichte ein baltischer Freiherr berufen werden. Dagegen erhebt sich Widerspruch: es soll ein Schweizer und ein Vertreter des theologischen Liberalismus, der sonst allzusehr verkürzt werde, gewählt werden. Karl Barth weist in dem bei ihm üblichen Ton diesen Anspruch ab und betont — feltfamerweise — den Primat der *wissenschaftlichen* Qualität. Nun spielt aber bei der Auslegung des Neuen Testaments nicht die „Wissenschaft“ die Hauptrolle, und es ist nicht gleichgültig, ob die künftigen Schweizer Pfarrer die Sache Christi mit den Augen eines etwas dialektifizierten Lutheraners und Deutschnationalen ansehen lernen oder vielleicht auch ein wenig mit den Augen Zwinglis und meinetwegen auch des recht verstandenen Calvin. Und wenn einmal der alte Parteigegegensatz zwischen „liberal“ und „orthodox“ wieder gelten soll — was stark das Werk Barths ist — dann haben die „Liberalen“ auch ihr Recht.

Anders tönt der Bericht über eine Versammlung des „positiven Münstervereins“. Hier hat Pfarrer Moppert einen Vortrag über: „*Reich Gottes, Kirche und Welt*“ gehalten. Der Präsident begrüßte lebhaft, daß die Reichsgottesbotschaft der Blumhardt wieder auf den Leuchter gestellt werde, und Thurneysen unterstützte ihn darin. So nach dem Bericht der „Basler Nachrichten“. Wenn das stimmt und nicht in Wirklichkeit etwas anders gelaftet hat, nun, dann brauchten wir nicht mehr zu „streiten“.

9. März 1938.

Zur Schweizerischen Lage.

Wenige Schweizer werden sich darüber aufgeregt haben — man hat ja Wichtigeres zu tun — aber den Wenigen, die gewußt haben, was es bedeute, ist es ein Schlag in das Mark ihres Lebens gewesen: *Die nationalrätliche Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten hat einstimmig die Motta-Politik gutgeheißen und damit den moralischen Selbstmord der Schweiz besiegelt.* Denn es ist zu fürchten, daß nun die Bundesversammlung zwar nicht einstimmig, aber mit übergroßer Mehrheit, die Mehrheit der Sozialdemokratie inbegriffen, das gleiche tun wird. Das aber bedeutete das Ende der Schweiz, die dann nicht mehr wert wäre, daß man einen Finger für sie aufhobe.

Motta hat *Glück* gehabt. *Chamberlain* ist ihm zu Hilfe gekommen. Triumphierend hat er dieses Kleinod: die gemein-brutale, aus tiefem Unglauben an Geist und Recht stammende Aeüßerung über den Völkerbund, vorgezeigt. Daß Chamberlain sein Volk gegen sich hat, bekümmert einen Motta und sein Gefolge, gewisse sozialdemokratische „Führer“ inbegriffen, wenig. Noch weniger, daß *Frankreich* sich ganz anders ausgesprochen hat — was kümmern sich Motta und Grimm um das Frankreich der Volksfront!

Ich habe damit schon angedeutet, was das Schmähhchste an dieser ganzen Schmach ist: die Haltung der *sozialdemokratischen* Mitglieder der Kommission, deren Namen an den Pranger gehören, deren Wortführer aber Robert Grimm ist. Es ist Zweierlei festzustellen. Erstens: Die Sozialdemokratie, die sich jetzt mächtig demokratisch gebärdet, hilft Motta, die Schweiz an die Seite des faschistischen Blocks zu bringen. (Denn das bedeutet dieser Akt). Zweitens: Die

Sozialdemokratie veranstaltet große Volksversammlungen gegen Motta und den ganzen Bundesrat mit dem Thema: „Wohin steuert die Schweiz?“, illustriert durch jenes bekannte demagogische Plakat, und dann geht sie hin und *hilft* Motta, die Schweiz dorthin steuern, wo er sie hin haben will. Unser Verdacht ist furchtbar bestätigt: Jene Versammlungen erweisen sich als ein großer Betrug an der Arbeiterschaft. Dieser sollte vorgemacht werden, daß etwas geschehe, während man schon genau wußte, daß *nichts* geschehen werde. Man darf ruhig sagen: Mögen Faschisten, Kapitalisten und ähnliche Leute etwa die sozialistische Arbeiterschaft hassen, so gering geschätzt und mißbraucht wie von solchen „Führern“ wird sie von ihnen doch nicht.

Welches sind die Motive dieser Haltung? Sie können bloß erraten werden. Eins steht im Vordergrund und beherrscht ja nun weitgehend die ganze Politik der Partei: die Bundesratsfessel dürfen nicht verscherzt werden. Dann mag aber noch, wenigstens für einzelne, etwas anderes dazu kommen. Aus gewissen Anzeichen ist zu schließen, daß Motta seinen Gläubigen allerlei große *Gefahren* der Schweiz vormache, denen diese nur entgehen könne, wenn sie seine Politik befolge. Es mag sich etwa um *Drohungen* oder auch *Versprechungen* handeln, die unter der Hand von den Diktatoren ausgegangen sind oder sein sollen. Daß das Schwindel wäre, so wie er nun allerwärts von den Diktatoren verwendet wird, davon bin ich fest überzeugt. Oder man sage uns offen, *was* es ist, daß wir uns darüber ein Urteil bilden können. Vorläufig bin ich sicher, daß unsere größte Gefahr die Politik Mottas bedeutet, und ich werde mich jedenfalls nie davon überzeugen, daß Selbstmord das beste Mittel sei, dem Tode zu entgehen. Aber ich kann mir gut vorstellen, daß es Leute gibt, die sich ungeheuer geschmeichelt fühlen, wenn ein so hoher Herr sie ins Vertrauen zieht und ihnen seine Geheimnisse erschließt.

Das sind die beiden zu vermutenden Motive der sozialdemokratischen und zum Teil auch der bürgerlichen Haltung. (Ob man bei den Sozialdemokraten einen alten Haß gegen den Völkerbund auch dazu nehmen muß, weiß ich nicht.) Was man von Begründung etwa liest, ist völlig haltlos, sinnlos und teilweise ein traurig verlogenes Spiel. Man tut, als ob man Motta entgegengetreten, die Schweiz dem Völkerbund erhalten, die Neutralität nur richtig gestalten wolle und kommt doch zuletzt völlig auf Motta hinaus: auf jene „umfassende Neutralität“, die ein schmählicher Wortbruch und Verrat am Völkerbund ist. Man verhüllt das Loch, worin man die Völkerbundszugehörigkeit der Schweiz verschwinden läßt, mit schönen Redensarten, aber das Loch bleibt — es bleibt nichts mehr übrig, als daß die Schweiz noch formell im Völkerbund ist und dort eine schmähliche Rolle spielt. Ich habe namentlich die verschiedenen Äußerungen von Grimm auf eine wirkliche Begründung dieser sozialdemokratischen Haltung angesehen, aber keine Spur davon gefunden. Es ist überall nur das große Loch. Die wirklichen Motive sagt man nicht, und sie wären wohl auch nicht gut zu sagen. Aber weil man doch jene leere Stelle spürt, so sucht man davon durch einen Trick abzulenken: Man bekämpft statt Motta *Gorgé*. *Gorgé*, ja der hätte sich in Genf nicht so ungeschickt benehmen sollen. Die „umfassende Neutralität“ ist schon recht, aber *Gorgé* hat das Konzept verdorben. Motta ist recht, nur *Gorgé* soll künftig schweigen. Das ist der große Sieg, den man für die Arbeiterschaft errungen hat: Nicht *Gorgé*, sondern Motta soll die Schweiz an die Seite des faschistischen Schiffes steuern! *Und solchen traurigen Schwindel wagt man der Arbeiterschaft zu bieten!* Und sie läßt sich ihn bieten! Nochmals sage ich: Kein wildester Sozialistenhasser kann sie im Grunde seines Herzens so verachten, wie solche „Führer“ es tun. Daß es aber so weit mit dem Sozialismus gekommen ist, das ist schwer zu ertragen.

Es gibt nur *einen* Grund für diese „Rücknahme der umfassenden Neutralität“, wie es im Lügenlexikon dieser Zeit für „jämmerliche Feigheit und Untreue der Schweiz“ heißt: daß man einer *Austritts-Initiative* das Wasser abgraben wolle. Dem halte ich entgegen: *Zehnmal lieber ein halbwegs ehrenhafter Austritt, als ein so unehrenhaftes Bleiben!* Ich leugne aber, daß eine Austritts-Initiative *gesiegt* hätte. Sie wäre niemals durchgegangen. Darum eben hat man

diese Form, die jämmerliche, gewählt. Für die ehrlichen Feiglinge aber, die darunter sind, gilt wieder das Wort: sie begehen Selbstmord, um dem Tode zu entgehen.

*

Die Bundesversammlung wird, fürchten wir, Motta folgen. Es kann sich wohl nur darum handeln, wie stark die Opposition sein wird. Und dann?

Dann gibt es nur noch Eines: *Es muß eine Schweiz aufstehen, die erklärt, daß sie damit nicht einverstanden ist und die den Kampf um eine würdige und wahre Stellung der Schweiz im Völkerbund fortsetzt, zur Rettung der Schweiz.*

Wie soll das geschehen?

Es gibt eine Reihe von Organisationen, deren Aufgabe das wäre. Vor allem sollte man meinen, daß die „Vereinigung für den Völkerbund“ wie ein Mann aufstände für das, wofür sie doch gegründet ist. Es ist doch für sie die Frage von Sein oder Nichtsein. Aber nun weiß sie keinen besseren Weg, als das Fakultativum der Sanktionen, was, so wie man das heute versteht, deren *Aufhebung* bedeutet. Nun erheben sich in ihrer Mitte charaktervolle Stimmen, aber welche eine Gebrochenheit ihres Präsidenten und ihres Generalsekretärs! Da ist allerdings noch das *Freiheitskomitee*, dessen Zweck ja der Kampf gegen den Faschismus ist. Wir hoffen, daß es, nach schwerer und nicht zu entschuldigender Verläumdung, doch noch seine Pflicht tue. Da ist die *Weltaktion für den Frieden*. Ihre vier Grundsätze sind die Grundsätze des Völkerbundes, sie steht und fällt mit ihnen. Der schweizerische Zweig ist nicht müßig gewesen. Er hat an einer Delegiertenversammlung in Bern folgende Erklärung angenommen:

„Die Delegiertenversammlung des Schweizer Zweiges der Weltaktion für den Frieden (RUP.) vom 13. Februar 1938 in Bern fühlt sich verpflichtet, unter Berufung auf dessen Grundsätze, die die Sicherung des Friedens durch die Stärkung des Völkerrechtes im Rahmen des Völkerbundes bezwecken, die folgende Erklärung an das Schweizervolk zu richten:

Bundesrat Motta hat, gedeckt durch den Bundesrat, in seiner Rede vor dem Nationalrat vom 22. Dezember 1937 die „Rückkehr der Schweiz zur umfassenden Neutralität“ gefordert. Der Sprecher des Bundesrates im Komitee für die Paktreform hat im Namen der Schweiz außerdem die Abschaffung der Sanktionen verlangt. Beide äußerst wichtigen Schritte wurden mit der definitiven Abgabe zweier unserer Nachbarstaaten an den Völkerbund begründet. Sie bilden die Fortsetzung jener Außenpolitik, die vor etwas mehr als Jahresfrist zur de-jure-Anerkennung der Eroberung Abessinien führte, und sind weitere Angriffe auf den Völkerbund und die Völkerbunds-idee, die eine Unterstützung der völkerfeindlichen Staaten darstellen. Sie bedeuten eine schwere Schwächung des Rechtsgedankens, der im Sanktionenartikel enthalten ist. Jede Schwächung der Idee der internationalen Solidarität einem Rechtsbrecher gegenüber kommt aber einer Gefährdung der Unabhängigkeit unseres Landes gleich.

Die einzige der Schweiz würdige Aufgabe kann nur in der Stärkung des Völkerbundes bestehen. Unser Land hat vor 17 Jahren auf Grund der Londoner Erklärung feierlich seine Stellung zum Völkerbund festgelegt. Es muß heute, mit größerer Treue als bis anhin, dieses Minimum an Verpflichtungen erfüllen.

Diese Verpflichtungen sind seinerzeit durch Volk und Parlament eingegangen worden. Es bedeutet daher eine schwere Mißachtung unserer Demokratie, wenn der Bundesrat heute, ohne erneute Volksbefragung, eine grundlegende Änderung in der Stellung der Schweiz zum Völkerbund einleitet.

Der Schweizer Zweig der Weltaktion für den Frieden appelliert daher an alle Schweizer, sich im Interesse der Existenz und der Ehre der Schweiz für eine Fortentwicklung des Völkerbundes im Sinne einer Verstärkung der kollektiven Sicherheit tatkräftig einzusetzen.“

Das sind vorläufige Regungen des Widerstandes. Machen wir es uns ganz klar: Wenn wir Menschen genug hätten, die diesen Widerstand richtig leisten

könnten, dann hätten wir nicht den heutigen Zustand. Dann hätten wir keinen Motta und keinen solchen Sozialismus. Es gilt also, den Widerstand zu schaffen. *Es gilt ein schweizerisches Erwachen, eine schweizerische Erhebung.* Wir lassen Motta nicht gelten und nicht seine Bundesversammlung; wir sagen es uns und sagen es den Völkern: *Es gibt noch eine andere Schweiz — eine Schweiz, die an Geist und Recht und Frieden glaubt, eine Schweiz, die nicht den Neutralitätstod sterben, sondern dem Leben und der Zukunft dienen will.*

*

Versuchen wir, nach dieser entscheidenden Hauptfache noch einiges von dem darzustellen, was während der Berichtszeit sich im schweizerischen Rahmen Wichtigeres ereignet hat.

An das Hauptthema schließen wir einige Tatsachen an, die geeignet sind, es noch weiter zu beleuchten. Im englischen Unterhaus fragt der Arbeiterabgeordnete Mander an, ob man trotz der bekannten Stellung der Schweiz den *Sitz des Völkerbundes* noch in Genf lassen wolle!! — 155 Mitglieder von den 185 des Nationalrates und 41 von den 44 des Ständerates richten eine Petition an den Bundesrat, er möchte sich an das Rote Kreuz — nicht an den Völkerbund! — und an die anderen Regierungen wenden, damit die *Bombardierungen offener Städte* einmal aufhörten. Abgesehen von dieser plötzlichen und nun wirklich überraschenden Abrüstungsgläubigkeit dieser Herren: haben sie wohl überlegt, was die Welt von einem solchen Schritt der Schweiz halten wird, die in der vordersten Linie derer steht, welche das übernationale Recht zu Fall bringen wollen? Was haben wir, wenn Motta siegt, überhaupt international noch zu sagen? — Von unserem Gefandten Rügger in Rom wird berichtet, daß er, in Verbindung mit den faschistischen Kreisen, eine lebhafte Tätigkeit im Sinne unserer „Neutralitätsbestrebungen“ entfalte. Daß zum Tode eines *Gabriele d'Annunzio* der Bundesrat durch seinen Gefandten mächtig kondolieren ließ, versteht sich von selbst.

Die faschistenfreundliche Außen- und Innenpolitik der Motta(-Baumann)-Schweiz schließt sich unmittelbar an. Dem Franco-Gefandten Toca (denn ein Gefandter ist dieser „de facto“) wird erlaubt, die in der Schweiz lebenden Spanier zum Kriegsdienst für die Aufständischen aufzubieten, während die Kommunistenprozesse gegen die Freiwilligen für die Regierung gerüstet werden — wegen Verletzung der Neutralität! Für Italien soll zur Ausbeutung *Abyssiniens* laut Meldung der Oberhofmeisterin des Patriotismus, „*Neue Zürcher Zeitung*“ genannt, neben holländischem auch schweizerisches Kapital aufgebracht werden, weil beide doch noch „elastischer“ seien als die City! (Steckt das wohl auch hinter der *holländischen* Anerkennung des „impero“?) In Berlin soll der anerkannt untaugliche schweizerische Gefandte, der aber ein desto fleißigerer Besucher der Nürnberger Tagungen war, durch einen, ohne Zweifel mottagemäßen, etwas jüngeren Mann ersetzt werden, der andere aber — nach Stockholm gehen, zur Vertretung der Schweiz bei den *nordischen Staaten*. Kann es eine ärgere Verhöhnung derselben geben? Aber das ist eben Motta-Politik. Der schwedische Sozialdemokrat Lundberg, dem die Bupo vorschreibt, wie oft und wie er in der Schweiz über Schweden („Das Land der Bauern und Arbeiter“) reden dürfe, mag, heimgekehrt, seinen Landsleuten den Kommentar dazu geben. Endlich gehört wohl in den gleichen Zusammenhang, daß nun, ermuntert durch die Rückgratsbeschaffenheit der Motta-Regierung, Deutschland einen neuen Vorstoß in der Richtung des „*Pressiefriedens*“, auf deutsch: der Erstickung der Kritik am Hitlertum, erfolgt ist, der durch die Schweizerische Pressevereinigung eine Antwort erfahren hat, die in ihrer schwächlichen Halbheit das heutige Schweizertum widerpiegelt. Welch verschiedene Buchführung Bundesrat und Bupo haben, beweist endlich die Tatsache, daß der Faschist *Georges Oltramare* unbehelligt die schwersten Drohungen — die wohl als Todesdrohungen gemeint waren — aussprechen durfte. Ganz recht so — aber wenn es ein *Kommunist* gewesen wäre?

Damit sind wir aber schon ganz zur inneren Politik gelangt. Hier schlosse

sich unmittelbar die Tatfache an, daß jener traurige Tropf von einem Oberleutnant, der in Bern an der bekannten Frontistenaktion beteiligt war, welche angeblich kommunistische Lofungen auf Mauern und Trottoirs schmierte, ganz anders behandelt wird, als jener sehr ehrenhafte Leutnant Pointet, der für das Recht der Sozialdemokratie einstand. Und als *Militärattachés* sind nun doch die drei Junkerlein de Blonay, von Werth und von Wattenwil ausgesendet worden, um vor allem in Rom und Berlin die Verteidigung der Demokratie zu studieren! Interessant ist auch, daß 100 sogenannte Kesselwagen, die man im Kriege brauchen würde, inzwischen an einen Deutschen „vermietet“ worden sind. Diesen Patriotismus des Bundesrates überbieten noch jener Major und jener Justizhauptmann in *Zurzach* am Rhein, die beschuldigt werden, die beabsichtigte Verschleppung eines Schweizers nach Hitler-Deutschland begünstigt zu haben. Eine weitere Einspannung in das Netz der Militarisierung aber wird die geplante *Wehrsteuer* bilden. Doch wachsen die Bäume unseres helvetischen Militarismus bekanntlich nicht in den Himmel. Daß die Luftschutzgeschichte nicht gedeiht, zeigen die Anfragen des bürgerlichen Nationalrates Piller und des sozialdemokratischen Killer an den Bundesrat, die beide eine Einschränkung der Luftschutzübungen verlangen. Es verlautet sogar, daß in Genf und in der Waadt die Absicht bestehe, diese einfach nicht mehr durchzuführen.

Auch sonst gibt es eine Reihe von Anzeichen des *Widerstandes* gegen eine geistesblöde Reaktion. Im Kanton Waadt tun sich Bauern und Arbeiter für die Staatsratswahlen zusammen, ohne freilich schon für diesmal den Sieg zu erringen. Die Dringlichkeits-Initiative hat etwa 300 000 Unterschriften bekommen. In der Frage der Sanierung der Bundesbahnen, die der Bundesrat zu einer Entrenchung des Personals benützen wollte, ist er glänzend unterlegen, allerdings wohl bloß, weil die Parteien sich das Personal für die Wahlen nicht entfremden wollen. Im völlig katholischen und konservativen Kanton Schwyz hat die Volksabstimmung über das Kommunistenverbot nur 5000 für und 3000 Stimmen dagegen ergeben, und das, trotzdem die Sozialdemokraten charakterlos genug gewesen waren, im Kantonsrat *dafür* zu stimmen. Ein von Zug ausgesprochenes Versammlungsverbot gegen die „Zeugen Jehovas“ (= Ernste Bibelforscher) ist vom Bundesgericht aufgehoben worden, ebenso ein stark reaktionär gearteter korporativer Vorstoß von Genf aus. Im Fall Heberlein ist durch das Zürcher Obergericht die Freisprechung erfolgt, unter Betonung des Rechtes der Presse gegen Willkür von Gerichtsbeamten. In Basel endlich haben Sozialisten und Kommunisten zusammen die absolute Mehrheit im Großen Rat gewonnen. Ohne die Richtlinienbewegung! Man sieht immer wieder, wie diese bloß den Sozialismus *schwächt*, ihm aber keine Bundesgenossenschaft einträgt, die er nicht auch sonst haben könnte.

Die eidgenössische Abstimmung hat eine wuchtige Verwerfung der kommunistischen Verfassungsinitiative und eine glänzende Bestätigung der Erklärung des *Rätoromanischen* als Landessprache gebracht. Ich war als Graubündner immer ein warmer Freund des Romanischen (das ich auch *verstehe*, wenn auch nicht spreche) und gegen seine Verdrängung durch das Deutsche, aber gerade darum ist mir das *Getue* um diese Anerkennung widerlich. Besonders der Bundesrat hat sich ja gebärdet, als ob er den Rätoromanen geradezu ihre Sprache geschenkt hätte. Nun ja, wenn man halt sonst nichts aufzuweisen hat, außer „umfassende Neutralität“!

Im übrigen feiert die Schweiz Fastnacht. Fastnacht und Wahlen — Wahlen und Fastnacht, mag auch die Katastrophe über ihr schweben (vgl. Matth. 24, 38 ff.). Einfach ragen über den fumpfigen und sandigen Niederungen unserer heutigen politischen Wesen Auffätze wie die von Doktor *Gadient* in der „Neuen Bündner Zeitung“ über „Politische Zusammenarbeit im Kanton“ (Graubünden), die aber einen Sinn haben, der weit über den Kanton hinausreicht. Möchten sie erste Zeugen eines *Erwachens* sein, eines kommenden schweizerischen *Frühlings*!

9. März 1938.

Schweizerische Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen. (Mitgeteilt.)

In letzter Zeit haben in der Schweiz den Militärdienst verweigert:

Emil Spörri. Emil Spörri, ein 23jähriger Sanitätsfeldat aus Sternenberg, hatte die Rekrutenschule und zwei Wiederholungskurse absolviert. Letztes Jahr, konnte er dem Drängen seines Gewissens nicht mehr widerstehen und rückte deshalb zu seinem dritten Wiederholungskurs *nicht* ein. In den letzten Dezembertagen kam er vor das Divisionsgericht 5 a. Er wurde von Pfr. Guidon aus Scharans (Graubünden) verteidigt. Das Gericht verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust; er wurde *nicht* aus der Armee ausgeschlossen. Er befindet sich gegenwärtig im Gefängnis Sennhof, *Chur*.

Robert Taverney. Am 5. Januar 1938 stand Robert Taverney (1912), aus Genf, zum vierten Male vor dem Militärgericht der 1. Division, in Morges. Im Frühling 1932 absolvierte er die Rekrutenschule, obgleich er innerlich dagegen war. Als er nach den Ereignissen des 9. Novembers in Genf zum Aktivdienst einberufen wurde, galt es für ihn, zwischen seinem Gewissen und dem Militarismus zu wählen. Er entschied sich für sein Gewissen, weigerte sich, gegen seine Mitbürger zu marschieren und wurde deshalb am 17. Januar 1934 zu 2½ Monaten Gefängnis und 3 Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte, im Dezember des gleichen Jahres zu 3 Monaten und 3 Jahren, am 25. März 1936 zu 3 Monaten und 4 Jahren, also insgesamt zu 8½ Monaten Gefängnis und 10 Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Das vermochte aber seinen Entschluß, jeglichen Militärdienst zu verweigern, nicht umzustoßen, so daß er im letzten Jahre wiederum zum Wiederholungskurs *nicht* erschien. Er wurde nun, trotz einer eindringlichen Verteidigungsrede von Pierre Cérésole, zu 4 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, aber *ohne* Ausschluß aus der Armee. Wie lange will sich denn das Divisionsgericht an diesem gewissenstreuen Dienstverweigerer rächen?

Albert Larderaz. Am gleichen Tage erschien auch Albert Larderaz vor dem Militärgericht der 1. Division. Sein Bruder war bei den Ereignissen des 9. November in Genf unter den 13 Opfern. Seine Mutter, die diesen Verlust nicht ertragen konnte, starb bald darauf. Seither weigert sich Albert Larderaz, jeglichen Militärdienst zu leisten, da er die Schuld am Tode seines Bruders und seiner Mutter der Armee zuschreibt und deshalb dieser Armee nicht mehr angehören kann. So weigerte er sich auch im letzten Jahr, zum Wiederholungskurs seiner Truppe einzurücken. Er wurde schon wiederholt bestraft. Diesmal lautet das Urteil: 1 Monat Gefängnis, 5 Jahre Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte und Ausschluß aus der Armee.

Emile Villard. Am 11. Februar stand Emile Villard in Neuenburg zum dritten Male vor dem Militärgericht der II. Division. Nachdem er die Rekrutenschule und einen Wiederholungskurs absolviert hatte, weigerte er sich, weiter Militärdienst zu tun und wurde deshalb am 14. Januar 1936 *bedingt* zu 2 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, und am 27. Oktober 1936 zu 4 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch im Jahre 1937 weigerte er sich, zum Wiederholungskurs einzurücken. An den Verhandlungen in Neuenburg beantragte der Auditor, Major Humbert aus Genf, ein Jahr Gefängnis *ohne* Ausschluß aus der Armee. Er sagte u. a.: Wenn es dem Angeklagten nicht gefalle in der Schweiz, dann stünden ihm ja die Grenzen weit offen und es werde ihn niemand zurückhalten. Er verglich den Dienstverweigerer mit jemandem, der grundsätzlich jede Steuer verweigern würde, und führte aus: So wenig man den Steuerverweigerer von der Bezahlung weiterer Steuer befreien würde, so wenig dürfe man einen Dienstverweigerer aus der Armee ausschließen, sondern müsse ihn jedes Jahr von neuem verurteilen. Dieser Auffassung in der Rede des Auditors, der für die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen keinerlei Verständnis zeigte, trat der Verteidiger, Dr. E. Wolf, aus Basel, energisch entgegen, und bewies an Hand von anderen Fällen und Ausprüchen verschiedener maßgebender Persönlichkeiten, daß es im Gegenteil die Pflicht der Militärgerichte ist, die Dienstver-

weigerer aus Gewissensgründen eigentlich schon bei der ersten Verurteilung, dann aber sicher bei der zweiten und dritten, aus der Armee auszuschließen. Nach kurzer Beratung kam das Gericht mit folgendem Urteil wieder zurück: 8 Monate Gefängnis, 5 Jahre Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte und Ausschluß aus der Armee. Villard wird also schließlich seine Verweigerung des Militärdienstes mit 14 Monaten Gefängnis und 11 Jahren Ehrverlust „bezahlt“ haben.

Aus der Arbeit

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit — Schweizerischer Zweig.

Einladung

zu einem Ferienkurs für junge Mädchen, in Cafoja, Lenzerheidefee (Graubünden), vom 31. Juli bis 6. August 1938.

Thema: *Der Kampf um eine neue Schweiz.*

Einführung in aktuelle Probleme unserer Heimat.

1. *Mädchen und Politik.*
Hände weg oder tätiges Interesse?
2. *Eine demokratische Schweiz.*
Was bedeutet der jungen Generation der demokratische Gedanke?
Der Kampf um die Verfassungstreue.
Wie stellen wir uns die soziale Gerechtigkeit in einem demokratischen Lande vor?
3. *Die Schweiz und der Völkerbund.*
Was gehen uns die anderen Länder an?
Können wir an die Ueberwindung des Krieges glauben?

Kursleiterin: Frau M. Lejeune, Kölliken.

Referenten: Herr Rudolf Schümperli, Sekundarlehrer, Romanshorn.

Frl. Dr. Christel Ragaz, Zürich.

Die Vormittage sind der Arbeit nach dem obigen Programm gewidmet, die Nachmittage der Erholung in der einzigartig schönen Umgebung. An einem oder zwei Abenden wird Frau Lejeune zum Thema „*Frau und Krieg*“ vorlesen und erzählen; die anderen Abende dienen geselligem Zusammensein.

Ankunft der Kursteilnehmer: Sonntag, den 31. Juli, nachmittags. Abschluß des Kurses: Samstag, den 6. August, mittags. Pensionspreis: Im Hauptgebäude (Zimmer zu drei oder vier Betten) Fr. 5.—; im Ferienhaus (gute Matratzenbetten) Fr. 4.50 pro Tag. Kursgeld: Fr. 3.— für den ganzen Kurs. (Es kann jenen, die es nicht gut bezahlen können, gern erlassen werden.) Wer Einzelzimmer wünscht, kann gegen einen Zuschlag in der Nähe von Cafoja ein Zimmer bekommen.

Mädchen von 17 Jahren an, die sich für den Kurs interessieren, sind gebeten, sich anzumelden bei Frau M. Lejeune, Kölliken (Aargau). Da im Sommer der Zudrang nach Cafoja groß ist, wäre eine frühzeitige Anmeldung ratfam.

Ferienkurs

vom 4. bis 9. April in St. Abbondio-Ranzo.

Dante: Das Purgatorium der „*Divina Commedia*“. Leiter: Ernst Merz.
„*Göttliche Komödie*“ mitbringen.

Bemerkung der Redaktion: Der Veranstalter und Leiter dieses Kurses ist der Verfasser des Hauptaufsatzes in diesem Hefte. Man darf sicher sein, daß er das große Thema groß behandeln wird.